



Energie-Control Austria (E-Control)
Rudolfsplatz 13A
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER
PRINZ EUGEN STRASSE 20-22
1040 WIEN
T 01 501 65
www.arbeiterkammer.at
DVR 1048384

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel 501 65 Fax 501 65	Datum
-	WP-GSt/Pe/Ni	Dominik Pezenka	DW 2224 DW 2532	18.04.2012

Verordnung der Energie-Control Austria über den Lieferantenwechsel, die Neuanmeldung, die Abmeldung und den Widerspruch (Wechselverordnung Strom 2012 und Wechselverordnung Gas 2012)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung der im Betreff genannten Verordnungsentwürfe und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Mit den vorliegenden Verordnungsentwürfen wird jeweils für Strom und für Gas der Ablauf des Lieferantenwechsels, der Neuanmeldungen, der Abmeldung sowie des Widerspruchs auf Basis der neuen automatisierten Plattform der Verrechnungsstelle geregelt. Mit dem weitestgehend automatisierten Wechselprozess soll die Abwicklung eines Lieferantenwechsels beschleunigt werden. Zukünftig soll die Frist für Lieferantenwechsel auf maximal drei Wochen beschränkt sein, wobei Wechseltermine nicht mehr per Stichtag festgelegt, sondern an jedem Tag möglich sein werden.

Die BAK begrüßt grundsätzlich die Einführung einer standardisierten Wechselplattform mit dem der Wechselprozess bei Strom und Gas weitestgehend automatisiert wird und somit die Dauer des Lieferantenwechsels reduziert werden kann.

Trotz dieser grundsätzlichen Zustimmung zu den vorliegenden Verordnungsentwürfen, ersucht die BAK jedoch um Anpassungen bzw Ergänzungen insbesondere in folgenden Bereichen:

- Vollmacht, Vollmachtsüberprüfung und Sanktionen
- Abfrage-Protokollierung und Informationspflichten gegenüber den KundInnen
- Erläuterungen zu den Einführungskosten

Dazu die Anpassungsvorschläge der BAK im Detail:

1. Vollmacht, Vollmachtsüberprüfung und Sanktionen

Laut gegenständlichen Verordnungsentwürfen ist die Voraussetzung für die Einleitung und Durchführung der Verfahren eine "entsprechende Willenserklärung des Endverbrauchers" (§ 4 Abs 1), das heißt, es muss eine entsprechende Bevollmächtigung vorliegen. Um eine Überprüfung dieser Vollmacht entsprechend vornehmen zu können, sollte aus Sicht der BAK die Übermittlung der Vollmacht jedenfalls in Schriftform (schriftlich oder elektronisch unterfertigt) verlangt werden.

§ 4 Abs 2 legt fest, dass die Bevollmächtigung für die Einleitung und Durchführung der Verfahren durch die neuen Lieferanten, den "Netzbetreibern und anderen Lieferanten glaubhaft zu machen" ist. Die BAK kann keinerlei Grund dafür erkennen, dass die Bevollmächtigung, die ein/e Stromkunde/in dem neuen Lieferanten ihrer Wahl erteilt, auch „anderen Lieferanten“ zur Kenntnis zu bringen bzw glaubhaft zu machen wäre, außer dem Verteilernetzbetreiber, an dessen Verteilernetz die Anlage des/der Kunden/in angeschlossen ist und dem bisherigen Stromlieferanten. Die Wortfolge „anderen Lieferanten“ wäre daher durch die Formulierung „dem aktuellen Lieferanten“ zu ersetzen.

Die Schriftform ist auch deshalb geboten, um unberechtigte Datenabfragen von Energielieferanten (beispielsweise für Marketingzwecke) zu erschweren und die Beweisführung zu erleichtern. In diesem Zusammenhang bemängelt die BAK außerdem ungenügende Sanktionsmöglichkeiten bei unberechtigten Datenabfragen. § 99 Abs 3 Z 1 EIWOG 2010 bzw 159 Abs 3 Z 1 GWG 2011 sieht Geldstrafen bis zu 100.000 Euro lediglich für Netzbetreiber und Lieferanten vor, die Daten widerrechtlich offenbaren, nicht aber für widerrechtliche Datenabfragen. Die BAK regt daher eine entsprechende Klarstellung im EIWOG 2010 und GWG 2011 an, dahingehend dass von den Strafbestimmungen gem. § 99 Abs 3 EIWOG 2010 bzw § 159 Abs 3 GWG 2011 auch Lieferanten umfasst sind, die eine unberechtigte Datenabfrage über die Wechselplattform vornehmen.

2. Abfrage-Protokollierung und Informationspflichten gegenüber den KundInnen

Gemäß § 6 Abs 2 hat die Verrechnungsstelle sämtliche Verfahrensschritte zu protokollieren. Aus Sicht der BAK sollte darüber hinausgehend auch eine Protokollierung der Datenabfragen beim Netzbetreiber und Lieferanten vorgesehen werden, um mögliche unberechtigte Datenabfragen entsprechend nachvollziehen zu können. Im Falle von derartigen unberechtigten Datenabfragen sind die betroffenen KonsumentInnen jedenfalls über den unberechtigten Datenzugriff in geeigneter Weise zu informieren.

3. Erläuterungen zu den Einführungskosten

In den Erläuternden Bemerkungen zu den gegenständlichen Wechselverordnungen finden sich keine Informationen zu den prognostizierten Kosten der Wechselplattform selbst und der notwendigen Anpassungen der IT-Systeme von Netzbetreibern und Lieferanten. Die BAK ersucht, die prognostizierten Kosten in die erläuternden Bemerkungen zu den Wechselverordnungen aufzunehmen.

4. Weitere Anmerkungen

Die Höchstfristen für die Bearbeitungsschritte "Übermittlung Wechselinformation und Verbrauchsdaten" (Anhang Punkt 2.2.2.) werden zwar in den Erläuterungen zur Verordnung (Tabellenform) mit 96 Stunden angegeben, diese Höchstfrist findet sich jedoch weder im Verordnungstext noch im dazugehörigen Anhang. Die BAK ersucht um entsprechende Klarstellung.

Mit Punkt 3.1.2. ("Durchführung der Neuansmeldung") wird der Netzbetreiber zur Datenübermittlung an den Lieferanten verpflichtet. Bei dieser Datenübermittlung muss unter anderem auch ein Jahresverbrauchswert übermittelt werden. Die BAK regt in Analogie zu Punkt 3.2.1. die Klarstellung an, dass es sich hierbei um einen "prognostizierten Jahresverbrauchswert" handeln muss.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Änderungsvorschläge.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Tumpel
Präsident
F.d.R.d.A.

Günther Chaloupek
iV des Direktors
F.d.R.d.A.